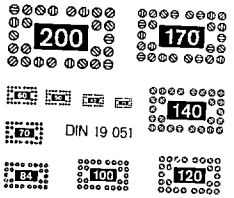

1952

Opposition

Forderungen

zum

Aktionsprogramm

der

SPD

A01 - 01746

Mannheimer Redaktionskommission zur Ausarbeitung der Forderungen zum Aktionsprogramm der SPD

An alle Mitglieder und Funktionäre
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Liebe Genossinnen und Genossen!

Jedem Genossen ist bereits seit Spätherbst vorigen Jahres bekannt, daß auf dem diesjährigen Dortmunder Parteitag das Aktionsprogramm der Partei beschlossen wird. Es gab schon viele Gespräche über diese Frage, und es wird allgemein in der Partei eine rege Diskussion über das zu beschließende Aktionsprogramm gewünscht. Allerdings hatten die in den letzten Wochen und Monaten durchgeführten Konferenzen und Parteitage auf der Landesebene leider keine Möglichkeit, sich mit dem Aktionsprogramm zu beschäftigen, da es keine Vorlage des Parteivorstandes und deshalb keine Diskussionsgrundlage gab. Dadurch wurde die Gefahr heraufbeschworen, daß die Partei zu plötzlich vor die Frage des Aktionsprogramms gestellt wird, daß die Möglichkeit einer breiten, demokratischen Mitwirkung von unten nach oben, auf dem Wege über Parteiversammlungen, Konferenzen und Parteitage, nicht mehr wahrgenommen werden kann.

Da diese Gefahr entstand, da weiterhin eine solche breite Diskussion über ein so wichtiges Dokument, wie es das Aktionsprogramm der Partei ist, notwendig sein dürfte, versammelten sich am 12. Juli in Mannheim Funktionäre der Partei. Sie kamen aus Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Partei zusammen und besprachen Fragen des Aktionsprogramms der Partei. Sie erarbeiteten einen Entwurf, den eine einstimmig gewählte, siebenköpfige Redaktionskommission, gemäß den Weisungen der Konferenz, fertigstellte.

Wir übersenden Dir hiermit die Forderungen zum Aktionsprogramm und fordern Dich zur Stellungnahme, zur Diskussion darüber auf. Wir halten es für notwendig, daß die Genossen in den Ortsvereinen, Betriebsgruppen und in weiteren Parteieinheiten über diese Forderungen diskutieren und Anträge an den Bundesparteitag richten. Abänderungsanträge sowie Stellungnahmen können auch an den Genossen Werner Franke, Hamburg 36, Postfach 306, eingesandt werden.

A01 - 01746

Forderungen zum Aktionsprogramm der Partei

Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei versammelten sich in Mannheim, um die politische Lage zu diskutieren. Diese Zusammenkunft war keine Zellenarbeit, sondern ein kameradschaftliches Treffen von Mitgliedern der Partei aus allen Teilen unserer Bundesrepublik. Sie alle waren von der Sorge um den sozialistischen Fortschritt, die Einheit und damit die Schlagkraft der Partei, um die Einheit und den Frieden unseres Vaterlandes getragen. Das Treffen war bedingt durch die fehlenden Diskussionsmöglichkeiten in der überwiegenden Zahl unserer Parteibezirke. Die Partei hat uns Mitgliedern bisher nicht die Möglichkeit gegeben, das Aktionsprogramm der Partei zu diskutieren und mitzuberaten. Wir haben daher folgende 12 Punkte als Vorschlag für den Parteitag beschlossen:

1 **Der Parteitag unterstreicht die Erklärung des Genossen Schumacher, wonach jeder, der dem Generalvertrag zustimmt, aufhört, ein Deutscher zu sein.** Hieraus ergibt sich aus dem nationalen Auftrag unserer Partei, daß jedes unserer Parteimitglieder, das nicht seine ganze Kraft im Kampf gegen den Generalvertrag einsetzt, aufhört, ein Mitglied unserer Partei zu sein. Dabei darf sich der Kampf der Partei nicht auf die Anmeldung von Revisionsabsichten beschränken, weil Revision zunächst einstweilige Anerkennung, in zweiter Linie Abänderung, auf keinen Fall aber Aufhebung der Verträge bedeutet. Die Forderung nach Revision ist eine illusionäre Forderung, weil die Westmächte sie unter Berufung auf das Völkerrecht ablehnen können und werden, denn die Revision ist nur unter der Voraussetzung der Wiedervereinigung Deutschlands möglich. Gerade aber die Verträge sind das schwerste Hindernis zur Erreichung dieses obersten nationalen Zieles eines jeden Deutschen.

Deshalb muß das Aktionsprogramm neben dem Einsatz aller parlamentarischen Mittel auch alle außerparlamentarischen Kampfmittel vorsehen, wie Volksbefragung, Versammlungswellen, Protestaktionen, Demonstrationen und Streiks.

Wir befinden uns damit im Einklang mit der Beschlüssen der Konferenzen der Partei von Neu-Ulm, von Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden, dem Bezirksparteitag Hessen-Süd, der Stellungnahme der sozialen Arbeitsgemeinschaft des Odenwaldes u. a.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

2. **Entsprechend diesen Forderungen möge die Partei in ihrem Aktionsprogramm alle ihre Mitglieder, die in den Gewerkschaften tätig sind, verpflichten, diese Beschlüsse der Partei auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu verwirklichen.**

Die Treue der sozialdemokratischen Gewerkschafter zur Partei ist erprobt genug, um dieser Verpflichtung nachzukommen und damit die Waffe des gewerkschaftlichen Kampfes, insbesondere des Streiks, zum Kampf gegen die verderbliche Politik Adenauers, dessen Generalvertrag in letzter Konsequenz zum Krieg führt, einzusetzen. Das erfordert eine klare Stellungnahme gegen die wenigen sogenannten „Christen", die im Auftrage Adenauers entweder den gesamten DGB in eine Gewerkschaft der Reaktion verwandeln, oder aber — da das am Widerstand der Arbeiter scheitern wird — die Gewerkschaft spalten sollen. Rücksichtnahme auf diese Spalter und Gewerkschaftsfeinde bedeutet Verwandlung des DGB der Arbeiter in die DAF der Adenauer und Lehr. Kampf gegen diese Spalter stärkt dagegen den DGB und seine Aktionsfähigkeit!

3. **Die Regierung Adenauer will keine Einigung Deutschlands zugunsten des deutschen Volkes, sondern die Unterwerfung ganz Deutschlands unter die Ausbeutung durch die amerikanischen und deutschen Schwerindustriellen. Das bedeutet Eroberungskrieg gegen den Osten. Darum führt die Politik Adenauers zu einem wahnsinnigen Rüstungswettlauf und schließlich zum Krieg.**

Demgegenüber muß die Partei ihre Losung „Einheit in Freiheit" in Form von praktischen Vorschlägen vor der Öffentlichkeit darlegen. Das bedeutet, daß die Partei von politischen Maßnahmen abrückt, die im Ergebnis auf eine Hilfestellung für Adenauer hinauslaufen. Deshalb muß der Propagandafeldzug gegen den Osten, der dem Stile des BDJ ähnelt, aufgegeben werden. An Stelle solchen Materials soll die Partei aktuelle Kampfschriften gegen Adenauer und gegen den Neofaschismus, gegen den Generalvertrag oder theoretische Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus veröffentlichen.

Die Partei möge ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß eine Viererkonferenz sich berät über die Fragen gesamtdeutscher freier Wahlen, die die Schaffung eines einigen Deutschlands in Freiheit zum Ziele haben müßten.

Darum müßte diese Konferenz auch jene Fragen beraten, die die Befreiung Deutschlands zum Ziele haben und die deshalb die Ablösung des Potsdamer Abkommens, die Ablösung des Besatzungsregimes, die Ablösung auch jenes Zustandes, der uns fremden Interessen unterordnet, durch einen gerechten Friedensvertrag, durch einen Verhandlungsfrieden bewerkstelligt.

4. **Das Aktionsprogramm muß die Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Schwerindustriellen wie Flick, Klöckner und Pferdmenges und ihren Politikern Adenauer, Erhard und Lehr festlegen. Es muß klar zum Ausdruck kommen, daß die Partei auf inner- und außenpolitischem Gebiet grundlegend die volksfeindliche Konzeption Adenauers bekämpft und dieser eine friedliche Konzeption mit großen Perspektiven entgegensetzt, die aus sozialistischem Geist entspringen und schon deshalb gegen die Kriegspolitiker gerichtet sein muß.**

Die Politik Adenauers stärkt nicht die Kampfansage an die Arbeiterklasse. Der Verzicht auf wirksame Gegenmaßnahmen kommt einer Kapitulation unserer Partei vor der Reaktion gleich. Die Wahlergebnisse der jüngsten Zeit zeigen, daß die Partei Gefahr läuft, den Kontakt mit den Wählermassen, insbesondere mit der Jugend, zu verlieren. Deshalb halten wir es für erforderlich, die innerparteiliche Demokratie voll zur Geltung kommen zu lassen, damit die Garantie besteht, daß die Beschlüsse unserer Parteivorstände den Willen der Mehrheit der Mitglieder widerspiegelt. Eine klare Konzeption gegen die Reaktion in Verbindung mit einer demokratischen Erneuerung unseres Parteilebens wird uns befähigen, den Kampf gegen die Reaktion zu gewinnen. Unsere politischen Gegner sind sich bei allen Widersprüchen untereinander in einem Punkte einig: In ihrem unversöhnlichen Haß gegen die Sozialdemokratische Partei.

Nehmen wir deshalb den Kampf auf. Zweimal sind wir zu spät gekommen, ein drittes Mal darf es nicht der Fall sein.

5. **An Stelle der oft geforderten und praktizierten Gemeinsamkeit mit der Außen- und Innenpolitik Adenauers muß eine Verbundenheit aller Gegner dieser Adenauerschen Politik erstrebt werden. Wir haben keinen Grund, dabei auch vor einer Koordinierung gemeinsamer Gegenwartsaufgaben mit den Kommunisten zurückzuschrecken.**

Nehmen wir uns ein Beispiel an Churchill und Stalin, die ihre ideologischen Verschiedenheiten zurückstellten, um ihr gemeinsames Ziel, die Vernichtung Hitler-Deutschlands, zu erreichen. Warum sollen Sozialdemokraten und Kommunisten, die doch gemeinsam zu den Armen und Entrechteten gehören, nicht auch gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Repräsentanten ihrer Ausbeuter und Unterdrücker, kämpfen" Wir brauchen damit nicht um unsere gute sozialdemokratische Gesinnung zu fürchten, wenn die Partei ihre ganze Anstrengung darauf richtet, sie zu wecken und zu erhalten.

6 **Wir fordern den erbitterten Kampf gegen alle Bestandteile der Politik der Bundesregierung, die nur unter einem Gesamtaspekt betrachtet und beurteilt werden kann. Dazu gehören die Verträge über die Montan-Union**

und Agrar-Union. Wir fordern klare Formulierungen und Praktiken gegen die „klein-europäischen" Lösungen, wie die sogenannte Europa-Union, die in sich die Gefahr eines dritten Weltkrieges bergen. Weiterhin gehören dazu die Entwürfe über das Presse-, Versammlungs-, Parteien- und insbesondere das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz.

Insbesondere muß sich ein breiter außerparlamentarischer Kampf gegen die hinterhältigen Absichten eines neuen Wahlgesetzes richten. Damit versucht sich die bestehende Regierungsmehrheit nur auf Kosten der sozialdemokratischen Wähler über die kommenden entscheidenden Bundestagswahlen hinüberzuretten. Wir fordern deshalb das Verhältniswahlsystem, das als einziges keine parteitaktischen Manöver zuläßt und reaktionäre Listenverbindungen unmöglich macht.

Wir fordern insbesondere auf der Grundlage der Beschlüsse des Hamburger Landesparteitages die entschiedene Bekämpfung alter faschistischen Umtriebe.

Auf der anderen Seite muß das Aktionsprogramm festlegen, daß die Partei entschlossen ist, alle durch die Zerschlagung des Nazisystems errungenen Freiheiten zu verteidigen. Aus diesem Grunde halten wir auch das Verbot der KPD für falsch, denn es dient nur der Stärkung der reaktionären Kräfte und lehrt, wie die Erfahrung jetzt in der Türkei gezeigt hat, in der Konsequenz nur zu einem Verbot jeden sozialistischen Gedankens.

Das Aktionsprogramm muß der Bevölkerung in Westdeutschland ein klar umrissenes wirtschaftliches Programm aufzeigen, das im Ergebnis zu einer Verbesserung der Lebenshaltung jedes einzelnen in der Zukunft führt.

Es muß jedem in klaren Worten gezeigt werden, daß und wie die Partei eine Gesundung des Wirtschaftslebens erreichen wird. Wir fordern die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie, der Banken, Versicherungen usw., die Durchführung einer Bodenreform auf der Grundlage der Enteignung der Großgrundbesitzer, die Förderung der Friedensindustrie und die Normalisierung der Handelsbeziehungen zwischen Ost und West.

Das Aktionsprogramm muß den Grundriß einer Sozialpolitik enthalten, die die 40-Stunden-Woche sichert, ohne daß dadurch die Lebenslage der Arbeitnehmer verschlechtert wird.

Wir fordern eine einschneidende Kürzung der Pensionen, die an ehemalige hohe Nazis und Militaristen gezahlt werden, zugunsten der Erhöhung der Rentensätze für alle Rentner. Die Abänderung des Lastenausgleichsgesetzes nach den Anträgen der sozialdemokratischen

Bundestagsfraktion muß als vordringliche sozialpolitische Maßnahme in das Aktionsprogramm aufgenommen werden. Wir fordern weitere sozialpolitische Maßnahmen zur Durchführung des sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms.

10. Als Partei der schaffenden Menschen fordern wir, durch eine Steuerreform die Lage des Kleinbesitzes, insbesondere des Handwerks, der kleinen bäuerlichen Wirtschaften und des Kleingewerbetreibenden, zu verbessern.

Wir sind ferner der Ansicht, daß die alte gewerkschaftliche Forderung, wonach die Auszeichnung der dem Volk angebotenen Waren die Gewinnspanne umfassen muß, in das Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei gehört. Desgleichen muß die Einkommensteuerveranlagung für jedermann zugänglich gemacht werden. Insbesondere ist die Tätigkeit der Steuerberater zu überwachen, die — als offenes Geheimnis — der Verschleierung ungerechtfertigter Gewinne dient.

11. Das Aktionsprogramm der Partei muß die Brechung des Bildungsprivilegs durch eine Schulreform sowie großzügige Maßnahmen zum Schutze der Jugend auf allen Gebieten und zur Förderung der jungen Menschen vorsehen.

Wir fordern dies besonders durch ein fortschrittliches Jugendschutzgesetz, Verbot der Akkordarbeit für Jugendliche, tarifliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Lehrlinge und die schnelle Beschaffung von Lehr- und Arbeitsstellen für die mehr als 600 000 arbeitslosen jungen Menschen in der Bundesrepublik.

12. Obwohl die Wehrfrage über den Rahmen eines Aktionsprogramms hinausgeht, soll das Aktionsprogramm der Partei festlegen, daß wir die Bewaffnung des bürgerlichen Staates ablehnen, da die Ergebnisse des Jahres 1933 beweisen: diese Bewaffnung richtet sich letzten Endes gegen uns selbst und dient dem Angriffskrieg.

Natürlich sind wir keine Pazifisten und sind bereit, einen von uns geschaffenen sozialistischen Staat gegen reaktionäre und kapitalistische Kräfte zu verteidigen.

Seit der Konferenz in Mannheim hat sich die Lage dahingehend verändert, daß der Parteivorstand jetzt sein Aktionsprogramm zur Diskussion stellt. Allerdings ist die Zeit verhältnismäßig kurz. Deshalb ist es notwendig, die Diskussion mit besonderem Nachdruck und mit besonderer Intensität durchzuführen. Darum legen wir unsere Forderung vor und sind der Ansicht, daß es nicht vergebens war, diese Forderungen zu diskutieren. Wir fordern daher nunmehr die Gesamtpartei zur Diskussion der von uns vorgelegten 12 Punkte auf.

Wir halten unsere Forderungen nicht für eine Offenbarung und auch nicht für der Weisheit letzten Schluß. Sie sind entstanden auf der Grundlage unserer Erfahrungen und aus tiefem Verantwortungsgefühl für die Partei. Als solche sollen sie gewertet und diskutiert werden, wobei wir allerdings der Meinung sind, der Grundgedanke der Forderungen: Entfaltung der Kraft der Partei für den Sturz des Generalvertrags und der Adenauer-Regierung, für freie Wahlen und für einen annehmbaren Friedensvertrag für ganz Deutschland, muß gewahrt bleiben.

In diesem Sinne übersenden wir die Forderungen und hoffen, daß der Dortmunder Bundesparteitag ein Markstein des Kampfes gegen Adenauer, gegen Generalvertrag, für freie Wahlen und für einen Friedensvertrag wird.

Mit sozialistischem Gruß!

Mannheimer Redaktionskommission zur Ausarbeitung der Forderungen zum Aktionsprogramm der SPD

1 Kreisvorsitzender der SPD,
1 Kreisvorsitzender der Falken,
1 Gewerkschaftssekretär,
1 Betriebsgruppenvorsitzender der SPD,
1 Betriebsratsvorsitzender,
1 Mitglied eines Unterbezirksvorstandes der SPD
1 Referent der SPD.

I. A.: Werner Franke

Verantwortlich: Werner Franke, Hamburg 36, Postfach 306
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt GmbH, Fulda.